

WN-BdA fordert das Verbot der NPD

Anlässlich des am 22. Mai veröffentlichten Verfassungsschutzberichtes 2005 erklärte der Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Werner Pfenig:

Rechte Gewalttaten haben in den letzten Jahren in einem erschreckenden Ausmaß zugenommen. Der rassistische Überfall in Potsdam und auf den Linkspartei-Politiker Giyasettin Sayan in Berlin sind nur die jüngsten Beispiele für diese Entwicklung. Aus diesem Anlass fordert die VVN-BdA das Verbotsverfahren gegen die NPD wieder aufzunehmen.

Dafür sprechen folgende Fakten:

1. Die NPD hat keinen Anspruch auf Legalität.

Das Grundgesetz ist nach Geist und Buchstaben eine antifaschistische Verfassung. Es wurde als ein Gegenentwurf zum nazistischen Verbrecherstaat geschaffen. Politisch, historisch und moralisch ist Faschismus keine Meinung unter vielen, sondern ein politisches Verbrechen.

2. Die NPD ist die gefährlichste neofaschistische Organisation.

Sie steht nicht nur als Hauptträgerin der Kontinuitätslinie zum historischen Faschismus da, sondern hat sich in den letzten Jahren zum gefährlichen Kristallisationskern des gesamten Neofaschismus entwickelt. Die NPD-Führung hat ein Bündnis mit gewaltbereiten Gruppen, den sogenannten Kameradschaften, geschlossen. Ein solches Bündnis gab es in der Geschichte der Bundesrepublik bislang noch nie. Die soziale und wirtschaftliche Verelendung in der Gesellschaft wirkt dabei fördernd für die NPD.

3. Ein zweiter Anlauf für ein Verbotsverfahren ist juristisch möglich.

Die Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier und Winfried Hassemer haben am 29. Januar 2005 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein neues Verbotsverfahren juristisch möglich ist. Entgegen weit verbreiteter Annahmen fällt das Gericht keine Sach-, sondern eine Prozessentscheidung. In dem Beschluss vom

18. März 2003 wird dazu erklärt, dass die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute des Verfassungsschutzes, die als Mitglieder des Bundes- oder eines Landesvorstandes fungieren, unmittelbar vor und während eines Verfahrens unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren sind.

Das Verhalten der Verfassungsschutz-Behörden, die angeblich den Rechtsextremismus bekämpfen, bildete also das tatsächliche Hindernis.

4. Eine gesellschaftliche Mehrheit ist für ein Verbot der NPD.

Die Fraktionen von SPD, CDU und Linkspartei/PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern forderten im März dieses Jahres ihre Landesregierung übereinstimmend auf, alle Möglichkeiten eines Verbotsverfahrens gegen die NPD zu prüfen und dieses auf den Weg zu bringen.

Dies zeigt, ebenso wie Stellungnahmen von Ministerpräsidenten und Gewerkschaften, unter anderem der Gewerkschaft der Polizei, dass es bezüglich eines NPD-Verbots ei-

nen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt.

Unverständlich ist es darum, dass neben den scheinbar umfänglichen, aber unvollständigen und dadurch irreführenden Ausführungen zum Thema Rechtsextremismus zum wiederholten Male die VVN-Bund der Antifaschisten im Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums unter der Überschrift "Linksextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle" aufgeführt wird.

Unsachliche und unwahre Behauptungen, die jeder Grundlage entbehren, dienen dazu, die VVN-BdA als undemokratisch zu diffamieren. Auch die anderen Geheimdienste sowie die Birthler-Behörde operieren mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln offensichtlich nach Gutdünken und nach tagesaktuellen politischen Interessen. Wahr ist jedoch, dass die VVN-Bund der Antifaschisten seit ihrer Gründung im Jahr 1947 für die Demokratie und insbesondere das Grundgesetz eingetreten ist und sich stets konsequent gegen Bestrebungen gewandt hat, Grundrechte auszuhöhlen.

Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe

Antifaschistische Konferenz am 9. September 2006 in Berlin

An jedem Wochenende erleben wir mehrere Nazi-Aufmärsche, Infotische und Aktionen der NPD sind schon fast alltäglich. Die NPD wird immer deutlicher zum organisierenden Zentrum der neofaschistischen Szene.

Nachdem zunächst noch ein Teil der militanten »freien Kameradschaften« um Christian Worch Distanz hielt, taucht genau diese Truppe jetzt regelmäßig als Bündnispartner an der Seite der NPD auf. Offensichtlich fühlt sich die vereinte faschistische Rechte im Aufwind, denn offensiv verfolgte sie »den Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente.«

Immer wieder werden Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen angegriffen, schwer verletzt, umgebracht. Rassistische und antisemitische Hetze sind die Begleitmusik.

Immer dreister wagen sie sich, ihren Bezug zum historischen Faschismus positiv zu definieren und damit öffentlich aufzutreten, auch am 8. Mai. In Ost und West bereiten sie Wahlbündnisse auf allen Ebenen vor.

Nur vereinzelt werden ihre gespenstischen Auftritte von den Zuständigen unterbunden. Junge und alte AntifaschistInnen, AnwohnerInnen, PassantInnen, die sich ihnen in den Weg stellen, werden mit Platzverweisen, vorläufigen Fest-

nahmen, Anzeigen traktiert und immer wieder kriminalisiert. Gar ein neues Berufsverbot wurdehängt. Von Ausnahmen abgesehen, können Nazi-Schläger auf milde Richter hoffen.

Der neue »Verfassungsschutz«-Bericht stellt wieder den Antifaschismus an den Pranger, erhebt erneut den »Anti-Totalitarismus« und damit die Totalitarismus-Theorie in den Status einer Staatsdoktrin. Gleichzeitig muss man noch immer damit rechnen, dass er die faschistischen Strukturen über V-Leute mit bestimmt und finanziert.

Höchste Zeit gegen die vielfältige Tolerierung faschistischer Umtriebe lauten Einspruch zu erheben.

Für Samstag, den 9. September, 11 bis 18 Uhr, laden wir deshalb zusammen mit Lagergemeinschaften und anderen Verfolgtenverbänden zu einer antifaschistischen Konferenz in den Senatssaal der Humboldt-Universität ein.

Motto: Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe!

Wir wollen gemeinsam über die aktuelle Situation diskutieren und nach Möglichkeiten zum Eingreifen suchen. Dafür konnten wir bereits einige profilierte ReferentInnen gewinnen.

Weitere Informationen und Werbematerial geben ab Anfang August die Landesverbände.

Wie geht es weiter mit der Entschädigung?

Informationen aus dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte

Die Bundesstiftung »Erinnerung Verantwortung Zukunft« in Berlin wird meist als Bundesstiftung zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter bezeichnet, obgleich es nur völlig unzureichende Zahlungen an einen Teil der Betroffenen gab.

Diese Auszahlungstätigkeit soll im Laufe des Jahres erledigt sein, berichtete Stiftungs-Pressesprecher Ralf Possekel. Von der Bundesstiftung wird ein Zukunftsfonds übrig bleiben, wenn die Zahlungen an 1,6 Millionen Berechtigte allerspätestens Anfang 2007 definitiv abgeschlossen sind. Bund und Wirtschaft hatten jeweils 2,5 Milliarden Euro in den Fonds eingezahlt. Um eine wirkliche Kompensation zu gewährleisten, wären 50 Milliarden Euro notwendig gewesen, sagen Experten wie VVN-Kamerad Professor Thomas Kuczynski. Noch dieses Jahr werden Beschwerdefälle abgehandelt, dann soll die Berichterstattung über die fünfjährige Arbeit der Stiftung folgen, an deren Entstehen die VVN-BdA beteiligt war und deren Arbeit sie kritisch begleitet hat.

Schon jetzt stehen 358 Millionen Euro für den Fonds »Erinnerung und Zukunft« zur Verfügung. »Zukunfts«-Projekte, seit Ende 2004 sind es über 700, wurden bereits mit 29,5 Millionen Euro gefördert. Vor allem Schülerinnen und Schüler wirken mit. Ihre Arbeit zielt auf die Verständigung vor allem mit osteuropäischen Ländern, aber auch in Richtung USA und Israel ab. Auch »erinnerungskulturelle« Akzente sollen gesetzt werden. Bildungsprogramme, humanitäre Initiativen und Stipendienprogramme sind vorgesehen, wie »Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeitern«. Mit »internationalen Partnerschaften der Altenhilfe in Osteuropa und Israel« sollen Impulse für ein »dauerhaftes Engagement« geschaffen werden. Informationen: Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Markgrafenstraße 12-14, 10969 Berlin, Tel. (030) 25 92 97 81.

Ich habe mit Sonja Schlegel, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln, kürzlich gesprochen, wie die Arbeit zur Hilfe für die NS-Opfer weitergehen soll. Sie weist auf dreierlei hin:

1. Da es keine wirkliche Entschädigung mittels der Fondsmittel gab, kann auch nicht vom Ende des Kapitels Entschädigung gesprochen werden.

dazu auskunftsbereit.

Laut Geschäftsführerin Sonja Schlegel will der Kölner Verband erreichen, dass jene, die keine BEG-Mittel erhielten, wenigstens die Leistungen bekommen, die zusätzlich zur Rente gewährt werden: Kuraufenthalte, besondere Gesundheitsleistungen und ähnliches.

Wenn im Zusammenhang mit dem Zukunftsfonds von »internationalen Partnerschaften der Alten-

Altenhilfe, GedenkstättenmitarbeiterInnen und MultiplikatorInnen werden einbezogen.

Ein weiteres Projekt: Für die Arbeit mit betroffenen alten NS-Verfolgten gibt es in Köln ein Erzähl- und Begegnungs-Café für NS-Verfolgte. Regelmäßig treffen sich dort die Älteren aus dem Großraum Köln; es können auch von weither Angereiste kommen, das Fahrgeld kann bis zu einem gewissen Um-



Deportation während des Krieges. 61 Jahre später sind die Entschädigungen für NS-Opfer weiter unzureichend.

- Die Möglichkeiten des Zukunftsfonds sollten unbedingt genutzt werden.
- Andererseits gibt es nur noch ganz wenige Töpfe, aus denen Entschädigung gezahlt werden kann. Das sind vor allem die Härtefonds in den westlichen Bundesländern – mit Ausnahme von Bayern, wo es nie dazu kam. Es sollten daher die vergessenen Opfer, so sie aus Deutschland kommen und nichts aus dem Berliner Stiftungstopf oder aus den Bundesentschädigungsgesetz-Mitteln

Fonds für deutsche Opfer

(BEG) bekamen, mit Härtefondsmitteln bedacht werden. Dazu gibt es in den Bundesländern Gremien, denen die VVN-BdA sehr oft angehört. Die Landesvorstände sind

hilfe« gesprochen wird, so fragt der Bundesverband, wie mit den

Projekt »Anpassung«

deutschen Opfern des Faschismus umgegangen wird, die nun auf Altenhilfe angewiesen sind. Hier setzt der Bundesverband an, um den sehr alten und gebrechlichen NS-Opfern, die in Pflegeheimen leben, zu helfen. Im Mai wurde das Projekt »Anpassung der Versorgungssystems der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter« in Bochum und Münster gestartet. Weitere Informationsveranstaltungen und Zusammentreffen von, für und mit NS-Verfolgten und ihren Verbänden sind geplant – so in Aachen, Bielefeld, Köln, Dortmund, Duisburg, Siegen und Wuppertal. Beschäftigten in der

fang erstattet werden. Informationen zum Projekt »Anpassung« gibt der »Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e. V.«, Holweider Str. 13-15, 51065 Köln, Tel. (0221) 1792 94-13.

Nicht aufgegeben werden dürfen die Vorstöße in Richtung Härtefonds, meint Sonja Schlegel. In Expertenkreisen spricht man davon, dass bisweilen schwierige Personen an der Spitze des Härtefonds-Beirats stehen, die bürokratisch möglichst jede Zahlung verhindern wollen. Dennoch sollten Bemühungen um Zusatzleistungen auch für Nicht-BEG-Empfänger gestartet werden.

Denkbar ist es auch, ein Bundesseminar zu den Möglichkeiten der Betreuung und Entschädigung in der VVN-BdA durchzuführen. Der VVN-Bundesausschuss befasst

(Fortsetzung auf Seite 3)

Brief eines Sozialexperten

Zur Unterstützung der Mitglieder bei sozialrechtlichen Fragen

Ein wesentlicher Teil unserer Arbeit ist und bleibt die soziale Fürsorge und Interessenvertretung unserer Mitglieder.

Im letzten und in diesem Jahr sind in vielen sozialen Bereichen gesetzliche Regelungen in Kraft gesetzt worden, von denen jede einzelne unser persönliches Leben stark beeinflusst. Deshalb bitte ich alle KameradInnen, sich beim Auftreten von rechtlichen Problemen an ihre Regionalvorstände zu wenden und diese bitte ich, besonders diejenigen Kameradinnen und Kameraden bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen, die keine Angehörigen mehr haben. Vielen konnte in speziellen Angelegenheiten durch Regional- oder Landesvorstände geholfen werden. Den größten Erfolg erzielte eine Dresdner Kameradin mit einem teilweisen Sieg vor dem Bundessozialgericht.

Entschädigung - wie geht es weiter?

(Fortsetzung von Seite 2)

sich im Oktober mit dem Thema. Sinnvoll wäre es, Erhebungen anzustellen zu den Fragen: Wie viele Überlebende gibt es noch in der VVN-BdA? Wie viele sind in Pflege? Wie viele sind in Heimen?

In der VVN-BdA sollte auch beraten werden: Wie wird überhaupt das Thema Zwangsarbeit künftig behandelt, nachdem die Zahlungen zu Ende sind, das Problem aber nicht? Es könnten auf Landesebenen AGs Zwangsarbeit ins Leben gerufen werden, um die in Deutschland lebenden ZwangsarbeiterInnen zu betreuen. Geprüft werden sollte auch, wie gemeinsam mit der Kölner Beratungsstelle bei Bedarf Beratungen in Entschädigungs- und Sozialfragen erfolgen können.

Wir sind uns mit Sonja Schlegel einig: Zeitzeugenarbeit, das ist nicht nur Geschichtsarbeit und Gedenkstättenarbeit, das ist auch die unmittelbare Betreuungsarbeit für die Betagten, die nicht vergessen werden dürfen. **Ulrich Sander**

Wie sollte diese sozialrechtliche Unterstützung konkret aussehen? Ich sehe dafür mehrere Möglichkeiten:

1. Auf Artikel, in denen jeweils steht, was zu tun ist, können wir verweisen. (Bitte bei VVN-Büros anfordern.)
2. Alle Kameradinnen und Kameraden, die ein Mitglied unseres Verbandes betreuen, bitte ich, bei persönlichen Gesprächen bei einer Zusammenkunft der Gruppe oder allein in der Wohnung oder sei es auch »nur« am Telefon, auf anstehende Probleme aufmerksam zu machen.
3. In vielen Fällen werden wir unsere KameradInnen zu Behörden, Verwaltungen, zur Krankenkasse oder Sparkasse (z. B. bei der Zwangsarbeiter-Entschädigung) begleiten und den Schriftwechsel mit diesen Dienststellen führen müssen.
4. In komplizierteren Fällen wendet Euch bitte an den Landesvorstand.

Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, dass wir keine offizielle Rechtsauskunft erteilen und nur innerhalb unseres Verbandes wirken dürfen. Das bedeutet, dass unsere KameradInnen ihr Anliegen vor den Behörden selbst vertreten müssen. Wenn sie dazu nicht in der Lage sein sollten, können wir sie mit einer Vertretungsvollmacht für den Einzelfall vertreten.

Wir dürfen als Verband also beispielsweise nicht gegen eine Krankenkasse gerichtlich vorgehen, um die Nichtanrechnung der Entschädigungsrente bei der Festlegung der Belastungsgrenze für Zuzahlungen durchzusetzen, aber wir dürfen unsere Mitglieder darüber aufklären, warum diese Forderung rechtens ist. Ein dienstlich gehaltenes Schreiben unseres Verbandes an ein Mitglied kann dann der Krankenkasse zur Begründung vorgelegt werden.

Bei einer nicht überzeugenden Ablehnung eines Antrages sollte der Betreffende Widerspruch einlegen, was kostenlos

ist. Für den dazu notwendigen Schriftverkehr müssen wir, wenn dies die Angehörigen nicht machen können, die nötige Unterstützung geben. Dabei ist unbedingt die dafür zulässige Frist einzuhalten, wenn eine solche auf dem Ablehnungsbescheid angegeben ist.

Als Schwerpunkte sehe ich gegenwärtig folgende Probleme, auf die ich aufmerksam machen möchte:

1. Die Praxisgebühren sowie die Zuzahlungen für Medikamente, für physiotherapeutische Leistungen und bei Krankenhausaufenthalten sind auf zwei Prozent des Jahresbruttoeinkommens beschränkt. Dabei darf die Entschädigungsrente nicht angerechnet werden. Auch Mitglieder, die keine Entschädigungsrente erhalten, sind auf die Beantragung der Zuzahlungsbe freiung und die Erstattung ggf. zu viel gezahlter Zuzahlungen hinzuweisen.
2. Wer den Bedingungen für schwerwiegend chronisch Kranke entspricht, sollte sich das von seinem Arzt bestätigen lassen und auf keinen Fall auf die geringere Belastungsgrenze von 1 % verzichten.
3. Die Rückzahlung von zuviel gezahlten Zuzahlungen kann noch im Laufe des Jahres beantragt werden, auch für das vorhergehende Jahr. Dazu ist erforderlich, dass die Quittungen gesammelt werden und eine zukünftige Gebührenbefreiung bei der Krankenkasse beantragt wird.
4. Die in Pflegeheimen aufgenommenen KameradInnen, bei denen das Sozialamt zuzahlt und die ein Taschengeld erhalten, haben zusätzlich Anspruch auf die halbe Entschädigungsrente. Diese Festlegung im § 4 des Entschädigungsrentengesetzes wird von den Sozialämtern und den Pflegeeinrichtungen oft nicht eingehalten.
5. Beim Tode eines Ehepartners mit Entschädigungsrente gibt

es Möglichkeiten, eine Hinterbliebenen-Entschädigungsrente zu erhalten, auch wenn die Ehe erst nach dem 31.12.1950 geschlossen wurde. Im § 2 Absatz 6 des Entschädigungsrentengesetzes werden folgende Fälle genannt:

- a) Die Eheschließung vor dem 1.1.1951 war wegen fehlender amtlicher Dokumente oder aus anderen wichtigen Gründen nicht möglich.
 - b) Es bestand vor 1951 eine eheähnliche Gemeinschaft.
 - c) Bei einer Rückkehr aus Exil, Haft oder Kriegsgefangenschaft nach dem 31. Dez. 1945 tritt an die Stelle des 1.1.1951 der Ablauf von fünf Jahren nach der Rückkehr oder Entlassung. Unterlagen, die als Beweise dienen können, bitte gut aufbewahren. Günstig sind auch Aussagen von Zeugen.
6. Wenn ein ehemaliger Zwangsarbeiter, der eine Entschädigung beantragt hat oder dem eine solche zuerkannt wurde, vor der vollständigen Auszahlung verstirbt, müssen die Erben den Todesfall der auszahlenden Stelle innerhalb von sechs Monaten mitteilen. Sonst verfällt der noch offene Betrag.
 7. Mit der Neuregelung der Rentenbesteuerung ab 1.1.2005 befürchten manche Mitglieder, dass sie zukünftig komplizierte Einkommensteuerklärungen abgeben müssen. Sofern außer einer Rente von maximal 1 575 Euro monatlich (brutto) bzw. bei Ehepaaren zusammen 3 150 Euro keine weiteren Einkommen hinzukommen, braucht keine Erklärung abgegeben zu werden. Eine Entschädigungsrente oder Hinterbliebenen-Entschädigungsrente wird dabei nicht berücksichtigt, denn diese sind steuerfrei! Damit dürften alle »Ost-Rentner« keine Steuern zahlen müssen, wenn sie keine wesentlichen Nebeneinnahmen haben. **Dr. Thomas Schikora**

Bedingungslos für den Frieden

Lorenz Knorr – ein antifaschistisches Urgestein wird 85 Jahre

Wenn man Lorenz Knorr beschreiben wollte, benötigt man viele Begriffe: Antifaschist, Friedenskämpfer, Sozialist. All dies verkörpert er in seiner politischen Praxis.

Geboren im westböhmisches Eger verstand er sich als Teil der multinationalen Tschechoslowakei, in der Tschechen, Slowaken, Ungarn und Deutsche nach der Staatsgründung 1919 zusammenlebten. Lorenz organisierte sich schon früh in den sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und bekämpfte den Chauvinismus der späteren Henlein-Bewegung (SHF), die für eine Abtrennung von Teilen der CSR und einen Anschluss an das faschistische Deutschland eintrat. Das Münchener Diktat 1938 und die Besetzung seiner Heimat durch deutsche Truppen erlebte Lorenz Knorr als schwere Niederlage.

Dennoch brachte er die Kraft und den Mut auf, antifaschistischen Widerstand zu organisieren. Er hielt bis in den Krieg hinein Kontakt zur Auslandsleitung der sudetendeutschen Sozialdemokratie unter Wenzel Jaksch in London.

Abschied aus Westböhmen

Eingezogen zur Wehrmacht, wurde er als Funker eingesetzt. Nicht nur seine Kriegsverletzungen festigten seine Überzeugung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Seine Hoffnung, nach der Zerschlagung des Faschismus an einem antifaschistischen Neubeginn in Westböhmen mitwirken zu können, erfüllten sich nicht, da auch er wie alle anderen Deutschen das Land verlassen musste. Anders als die Revanchisten war Lorenz Knorr bereit zu akzeptieren, dass eine solche Entscheidung die Konsequenz deutscher Politik war.

Zuerst kam er nach Bayern, bevor er nach Frankfurt übersiedelte, wo er bis heute lebt. Seiner sozialistischen Überzeugung treu engagierte er sich beim Aufbau der Sozialistischen Jugend – Die Falken,



Lorenz Knorr wird 85.

für die er auf verschiedenen Ebenen Verantwortung übernahm.

Als Mitglied der SPD vertrat er eine Volksfront-Position. Daher geriet er bald in Konflikt mit dem Schumacher-Kurs. Und es dauerte nicht lange, bis ihn seine Partei, für die er viele Jahre gewirkt hat, »vor die Tür« setzte.

Nun engagierte er sich in verschiedenen sozialistischen Zusammenhängen.

Seine Grundposition war, dass nie wieder Krieg möglich werden dürfe. Dass er damit in Zeiten des Kalten Krieges politische Probleme bekommen würde, überrascht nicht. Als er – publizistisch bei der Deutschen Volkszeitung aktiv – die bundesdeutsche Militärpolitik und Restaurationspolitik scharf angriff, versuchte die Adenauer-Justiz ihm einen Prozess zu machen.

Lorenz Knorr erinnert sich: »Weltweites Aufsehen erregte der sogenannte Generalsprozess gegen mich. Ich hatte 1962 die an der Spitze der Bundeswehr agierenden ehemaligen Hitler-Generale der Mitschuld am Massenmord beschuldigt. Franz Josef Strauß und die Goldbetressten erstatteten Anzeige. Aber der Gerichtssaal wurde

zu einem Anklageforum gegen die Kriegsverbrecher. Berge von Dokumenten und Fachbüchern stützten meinen Angriff. Mehr als 3000 Solidaritätserklärungen aus fünf Kontinenten gingen bei mir ein. Die Nobelpreisträger Bertrand Russel und Linus Pauling, auch Ex-Generale und Minister von einst okkupierten Staaten sowie viele Wissenschaftler und Künstler protestierten gegen die rechtswidrige Anklage.«

Die Dokumente aus den 1960er Jahren lesen sich heute wie Texte aus einer anderen Welt. Antikommunistische Attacken und haltlose Vorwürfe des »Landesverrates« ergaben ein Gemisch von Verdächtigungen, das oftmals ausreichte, um Menschen ihrer Existenz zu berauben, sie teilweise längere Zeit hinter Gitter zu bringen.

Knorr wirkt in VVN-BdA

Davon unbeirrt, kämpfte Lorenz Knorr weiter für seine sozialistische Überzeugung – publizistisch, als führendes Mitglied in der »Deutschen Friedensunion«, als Kandidat des linken Wahlbündnisses »Aktion demokratischer Fortschritt«, als Mitglied und später Funktionär der VVN-BdA. In der Friedensbewegung war und ist er gefragter Referent und Gesprächspartner, ob bei den »Generälen für den Frieden«, in Universitäten oder bei friedenspolitischen Ratschlägen. In der antifaschistischen Bewegung erwarb er sich große Verdienste, als er Anfang der 1990er Jahre seinen Beitrag zur Reorganisation der VVN-BdA leistete und in Grundsatzreferaten Themen wie Menschenrechte, Rechtsentwicklung und – jüngst – antifaschistischer Widerstand von Deutschen in der CSR aufbereitete.

Wir wünschen ihm noch viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Ulrich Schneider

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

»Naive« Neonazis

Ein unfassbares Urteil hat das Landgericht Giessen gefällt: Das Verfahren gegen Mitglieder der Neonazi-Band »Gegenschlag« wegen Volksverhetzung ist in der Berufung eingestellt worden.

Das Amtsgericht Alsfeld hatte die Neonazi-Gruppe wegen Volksverhetzung verurteilt. Mit gutem Grund: Die Lieder ihres 2003 veröffentlichten Albums »Die deutsche Jugend schlägt zurück« weckten Assoziationen zur NS-Herrschaft und verherrlichten Gewalt. Auch die Giessener Richter stufte die Texte zunächst als volksverhetzend ein.

Aber nun kommt es. Staatsanwalt Vaupel kam den Neonazis mit viel Verständnis entgegen: Es »liege seitens der Angeklagten ein Verbotssirrtum vor. Sie hätten nicht gewusst, dass die Texte strafbar seien.«

Das muss man zweimal lesen. »Nicht gewusst?« Bandmanager Engelbrecht ist Hauptakteur der »Kameradschaft Berserker Kirtorf« und ein ausgereifter Rechtsextremist, der im Mittelpunkt der hessischen Skinhead-Szene steht. Die Neonaziband »Gegenschlag« ist mit ihren CDs und lokalen wie bundesweiten Auftritten in der Szene berühmt und berüchtigt geworden. Die wissen ganz genau, was sie tun.

Der Giessener Staatsanwalt hat über diesen Fall hinaus anderen Nazigruppen das Rezept geliefert, wie man verbrecherische Texte ungestraft unters Volk bringt: Man muss den naiven Unschuldigen spielen und einen Anwalt finden, der – wie bei der Gruppe »Gegenschlag« geschehen – den Texten Unbedenklichkeit bescheinigt. »Das Urteil ist eine Unverschämtheit«, findet Andreas Herbst vom Kirtorfer »Bündnis gegen Rechts«. Das aber mindestens! P.A.

Frankfurt verbietet Neonazi-Aufmarsch

Faschisten planten Pro-Iran-Provokation zum WM-Fußballspiel am 17. Juni

Zu einer Kundgebung für den iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad am 17. Juni, Tag des Weltmeisterschafts-Spieles Portugal–Iran in Frankfurt, hatte der Neonazi Marcel Wöll, zentrale Figur der »Freien Nationalisten Rhein-Main«, aufgerufen.

Eine ungeheure Provokation, erklärte der DGB und kündigte – ebenso wie die Frankfurter Anti-Nazi-Koordination – Gegenmaß-

nahmen an.

Die Stadt Frankfurt verbot die Demonstration der Neonazis, es sei von einer »unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auszugehen«.

Anders als erfahrungsgemäß zu erwarten war, verzichteten die Anmelder auf den Gang zum Verwaltungsgericht und in der Folge zum Bundesverfassungsgericht, das den Neonazis oft genug grünes Licht für ihre provokanten Veranstaltungen gab.

Die Begründung, die Wöll für den Verzicht nannte, ist allerdings wenig glaubhaft: »Wenn einem vorgeschrieben wird, welche Fahnen und Transparente man mitführen darf, dann macht eine Demonstration keinen Sinn mehr.« Eher ist zu vermuten, dass die Absage mangels Resonanz in Frankfurt erfolgte, zumal sich NPD-Landesverbände aus Sorge um ihr Image gegen Demonstrationen während der Fußball-Weltmeisterschaft ausgesprochen hatten.

Dennoch blieben Anti-Nazi-Koordination, DGB, Antifa-Gruppen und Polizei bis zum Tag des WM-Spiels Portugal–Iran auf der Hut. Ob es trotz des Verbotes zu Auftritten von Neonazis kam, war bis zum Redaktionsschluss nicht bekannt. Einige jüdische Organisationen und Personen nahmen den Auftritt der iranischen Fußball-Nationalmannschaft zum Anlass, gegen die antisemitischen Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten zu demonstrieren. **P. A.**

VOR 60 JAHREN IN HESSEN (TEIL 5)

Von Tätern, Mitläufern und Widerstandskämpfern

Der Ausschluss aller Nazi-Funktionäre aus Funktionen in Wirtschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit war die zentrale Forderung nach dem Krieg. Sie leitete sich auch aus dem »Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« vom März 1946 ab.

Nachdem in den ersten Wochen und Monaten die Hauptverantwortlichen untergetaucht und die Mittäter an vielen Orten aus ihren Ämtern entfernt worden waren, ging es nun darum, in einem systematischen Prozess die Organisation der Gesellschaft auf einer demokratischen Basis zu begründen. Dazu sollten nur erklärte Gegner des Nazismus und »Unbelastete« in öffentlichen Ämtern und der Verwaltung tätig werden. Auf Grund des hohen Anteils von Akademikern und Beamten in der faschistischen Partei ergab sich daraus jedoch das Problem, dass manche Aufgaben entweder nicht erfüllt werden konnten oder neue Kräfte für die anstehenden Aufgaben herangezogen werden mussten. Besonders bei der Polizei mussten neue Strukturen geschaffen werden.

Die amerikanischen Alliierten versuchten, die Entnazifizierung mit einem Fragebogen zu lösen. In 131 Fragen musste jeder erwachsene Deutsche beantworten, ob er

Mitglied in faschistischen Organisationen gewesen sei. Falsche Angaben in diesem Bogen konnten bestraft werden. Auf der Grundlage dieses Fragebogens wurden die »Spruchkammer-Verfahren« abgewickelt, in denen die Beteiligten in fünf Kategorien der Schwere ihrer Verantwortung eingeordnet wurden.

Ein solches schematisches Verfahren konnte jedoch den tatsächlichen Anteil von Tätern – besonders von Schreibtischtätern – nur ganz unzureichend widerspiegeln. Wer war schuldiger: Der Finanzbeamte, der den Raub jüdischen Eigentums anordnete oder der SA-Schläger, der die Vertreibung der jüdischen Familie aus der Wohnung exekutierte? Beide behaupteten anschließend sowieso nur »auf Befehl« gehandelt zu haben.

Da im Nachkriegs-Chaos eine sofortige Überprüfung der Vorwürfe nicht möglich war, richteten die Alliierten in allen vier Besatzungszonen Internierungslager ein. Hier hielten sie alle »suspect persons« fest, Personen, die den Besatzungsmächten gefährlich sein könnten. In Hessen gab es mehrere Lager, die bekanntesten wurden in Trutzhain, im ehemaligen STALAG IX A, und in Darmstadt errichtet. In Trutzhain wurden in den Jahren 1945/46 hochrangige Nazis, Wirtschaftsführer und andere Funktionsträger interniert, solange, bis

PROGRAMM
für die
GRÜNDUNGSFEIER
der
„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN)

am Sonntag, den 17. November 1946, vormittags 10 Uhr
in der Westend-Synagoge Frankfurt am Main
Freiherr vom Stein-Strasse.

★

1. Chorgemeinschaft „Union“ Frankfurt a. M.
2. Eröffnung
3. Begrüßungsansprache
des Herrn Oberbürgermeisters Walter Kolb
4. Sprechchor der „Freien deutschen Jugend“ Frankfurt a. M.
verfasst von Dr. Walter Polzarschek
5. Ansprache des Herrn Ministers für Arbeit und Wohlfahrt
Oskar Müller
6. Ansprache des Herrn Staatssekretärs Dr. Hermann Brill
7. Chorgemeinschaft „Union“ Frankfurt a. M.
8. Ansprache des Herrn Regierungsdirektors
Dr. Curt Epstein
9. Ansprache des Herrn Dr. Eugen Kogon
10. Ansprache des Herrn Otto Roth
11. Schlusswort des neuen Vorstands
12. Schlusschor der Chorgemeinschaft „Union“ Frankfurt a. M.

Das Programm zur Gründung: Alle zugelassenen demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften waren in der VVN vertreten.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Kündigung für Nazi-Boutique auf St. Pauli

Proteste besiegelten Aus für rechten Treffpunkt – Aber: Braune Mode hat Konjunktur

Der Bekleidungsladen »Odin+ Freya« muss schließen. Nach Protesten aus der Nachbarschaft erhielten die Betreiber des rechten Szene-Ausstatters Mitte Mai die Kündigung. Das teilte die städtische Hauseigentümerin Rosenhof AG mit.

In einem Brief an den Vermieter hatten sich Bewohner der Talstraße gegen den Naziladen »vor der eigenen Haustür« ausgesprochen. Der Rausschmiss setzt vorläufig einen Endpunkt unter die eineinhalb Jahre währende Auseinandersetzung um die Boutique für Nazis, Hooligans und das rechte Rockermilieu. Die Freude über den Erfolg wird geschmälert durch die dreimonatige Kündigungsfrist, die Betreiber Volker Fuchs noch den Verkauf während der Fußball-WM ermöglicht.

Die Boutique nahe der Reeperbahn wurde im Mai 2005 eröffnet. Seither kam es vor dem Geschäft regelmäßig zu Bedrohungen und Angriffen gegen Linke, Passanten und Anwohner. Nach einer großen Antifa-Demonstration im September setzte Volker Fuchs auf Angst



Volker Fuchs, Inhaber von »Odin+Freya« (rechts), mit Neonazi-Aktivist Thorsten DeVries (Mitte). Bild: VVN-BdA Hamburg

und Einschüchterung, um die Kritik im linken Wohnumfeld verstummen zu lassen. Der Inhaber nutzte hierfür seine Kontakte zu den Hells Angels, ganz offen verkaufte er T-Shirts der verbotenen Rockergruppe. Außerdem drohte er mit Verbindungen ins Kiezmilieu. Kontakte zur Nazi-Szene bestritt Volker Fuchs jedoch.

Eine Schutzbehauptung, wie sich bei einem Hamburger Nazi-

Treffen am 7. Mai herausstellte: Zu einer Veranstaltung zum »61. Jahrestag der Niederlage des deutschen Reiches« erschienen neben dem langjährigen Nazi-Aktivisten Thorsten DeVries und einer Reihe stadtbekanntester Nazis auch der Ladeninhaber.

»HuNaRa!«, der Schlachtruf »Hooligan, Nazi und Rassist«, wird wohl auch ohne Naziladen nicht verebben. Volker Fuchs wird

nach der Kündigung in der Talstraße nach Alternativen suchen, das jedenfalls kündigte er gegenüber dem NDR an. Eine Neueröffnung an anderer Stelle ist wahrscheinlich, zumal der größte Zulieferer für braune Modemarken, die Firma »Thor Steinar«, bundesweit expandiert.

Seit Ende letzten Jahres darf »Thor Steinar« auch das ehemals verbotene Logo wieder verwenden. Im September 2005 entschied das brandenburgische Oberlandesgericht, dass das frühere Markenzeichen, eine Kombination aus zwei Runen der nordischen Mythologie, »nicht zwingend als Kombination verfassungswidriger Kennzeichen aufzufassen sei«. Noch vor gut einem Jahr kam das Amtsgericht Prenzlau zu einer entgegengesetzten Einschätzung. Verurteilungen und Stadionverbote folgten.

Sicher scheint zu sein: Das Geschäft mit rechten Modemarken wird auch in Hamburg fortgesetzt. Doch sicher ist: Der Widerstand gegen rechte Kultur und Treffpunkte auch.

Wolfram Siede

Weitere Infos zu »Thor Steinar«:
www.stor-thorsteinar.de.vu

HESSEN

Von Tätern, Mitläufern & Widerstandskämpfern (Fortsetzung von Seite 5)

über ihr weiteres Schicksal entschieden werden konnte. In Darmstadt waren vor allem mittlere Funktionsträger (politische Leiter der NSDAP verschiedener Ebenen) und SS-Leute eingesperrt. Zu Hochzeiten gab es dort 28 000 Internierte, darunter 12 000 Kriegsgefangene. Wie nicht anderes zu erwarten beschwerten sich die derart aus dem Verkehr Gezogenen bitterlich über die »Unmenschlichkeit der Behandlung«. Und es war besonders die evangelische Kirche, die sich für diese Internierten ein-

setzte. Man dürfe es nicht noch einmal versäumen, sich rechtzeitig öffentlich für Verfolgte einzusetzen, so die pervers anmutende Begründung.

Den Gegnern des Faschismus und die Verfolgten des Naziregimes wurde schnell deutlich: Eine antifaschistische Neuorientierung würde nur möglich, wenn die Stimme der Antifaschisten mit Gewicht in die Waagschale gelegt werden konnte. Daher organisierten sich die Verfolgten in den verschiedenen Kreisen und Orten. Ausgehend von den Betreuungsstellen für NS-Verfolgte kamen Nazigegner zusammen und bildeten lokale Kampfbünde gegen den Faschismus, Organisationen der »Opfer des Faschismus« (OdF) oder Verei-

nigungen der Verfolgten des Naziregimes. In Frankfurt, Gießen und Kassel entstanden schon im Herbst 1945 feste Strukturen. Ende 1945 verständigten sich die verschiedenen lokalen Ansätze auf einer Konferenz der Betreuungsstellen auf die Gründung einer einheitlichen Struktur, der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« in Hessen. Auf einer »großhessischen Arbeitstagung« am 10. August 1946 in Hanau wurde das politische Programm beschlossen. Die erste Landesversammlung fand jedoch mit alliierter Genehmigung erst im Februar 1947 in Gießen statt. In dieser Organisation verbanden sich Nazigegner über alle politischen und weltanschaulichen Grenzen hinweg. Alle in Hessen zugelassenen demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften waren in der VVN

vertreten. Auch Vertreter der Roma waren an der Gründung beteiligt. Seitens der Hessischen Landesregierung sprach der Staatskommissar für Wiedergutmachung der Verfolgten des Naziregimes beim Wiederaufbauministerium, Dr. Epstein. Die VVN war jedoch kein einfacher Partner für die Regierung. Oft sah sie sich veranlasst, deutlich ihre Forderungen im Interesse der ehemaligen Verfolgten und eines antifaschistischen Neubeginns zu Gehör zu bringen. Und sie nahm weniger Rücksicht auf die Vorgaben der alliierten Besatzungsmacht als die Landesregierung. Und so erlebte der Landtag in Wiesbaden am 12. Dezember 1948 eine Demonstration von mehreren Tausend Mitgliedern der VVN gegen die Verschleppung von Entschädigungszahlungen an Opfer des NS-Regimes. **U. Schneider**

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 597 0524.

»Antifa-Maitage« gegen rechte Aufmärsche

Harburger Bündnis setzt gegen Nazi-Demos auf Kultur und Information

Auftritte und Aufmärsche von Neonazis drohen in Harburg zur Dauererscheinung zu werden. In April und Mai fanden fast jede Woche Provokationen der Rechten statt. Gegen die Naziaktionen führte das Bündnis »Einig gegen Rechts« die »Antifaschistischen Maitage« in Harburg durch.

Die letzten Kundgebungen der Neonazis lähmten am 5. und am 20. Mai das Harburger Stadtzentrum. Plätze wurden weiträumig abgesperrt, der Verkehr wurde umgeleitet. Als Organisatoren traten NPD und bundesweit agierende Neonazi-Kader wie Christian Worch und Alexander Hohensee auf. Auf beiden Kundgebungen redete die Hamburger NPD-Vorsitzende Anja Zysk. Auf den Hinweis eines Zuhörers am 20. Mai, die Rede sei klar volksverhetzend und damit strafbar, reagierte die Polizei nicht.

Trotz der zahlreichen rechten Aufmärsche fanden jedes Mal Gegenkundgebungen von Antifaschisten statt. Unterstützung aus der selbst ernannten »demokratischen Mitte« bekamen sie nicht. Tenor in der bürgerliche Presse war, »Rechte und Linke« behindern Harburgs Verkehr und Geschäftsleben. Dass Neofaschisten nach Grundgesetz

die Grundrechte nicht in Anspruch nehmen dürfen, selbst diese Ansicht wird nicht mehr überwiegend geteilt. »Auch Rechte haben Rechte«, findet beispielsweise der Harburger SPD-Vorsitzende Frank Richter. Derselbe versucht seit vorigem Jahr vergeblich, ein »Bündnis gegen Rechtsextremismus« zusammen mit CDU, GAL, FDP, Kirchen und Verbänden ins Leben zu rufen.

Aktionen gegen Rechts

Entschlossen stellte sich jedoch das Bündnis »Einig gegen Rechts« gegen das Auftreten der Neonazis. Hierfür nutzte das Bündnis, dem auch die VVN-BdA angehört, seine »Antifaschistischen Maitage«: Die von der DGB-Jugend erstellte Ausstellung »Rechte Jugendkulturen – zwischen Lifestyle, Cliques und Partei« wurde am 8. Mai in der St.-Johannis-Kirche eröffnet. Der Hamburger DGB-Vorsitzende Erhard Pumm würdigte die Ausstellung und wandte sich dagegen, den 8. Mai 1945 als »Stunde Null« in Deutschland zu bezeichnen. Der Faschismus sei zwar damals besiegt worden, aber, wie sich heute zeige, nicht für immer und endgültig. Die Stelltafeln, die über neofaschistische Parteien, Kamerad-

schaften, Internetseiten und Symbolik informierten, waren nur eine Woche lang zu sehen, dennoch wurden sie von 500 Menschen aufgesucht, darunter allein 14 Schulklassen. Guten Zuspruch fanden auch die Veranstaltungen wie die Lesung aus den Werken von Heinrich Heine durch den Schauspieler Rolf Becker in der Harburger Bücherhalle.

Ursprünglich sollte die Ausstellung im Harburger Rathaus gezeigt werden, was aber von der CDU und

ihrem »starken Mann« Ralf-Dieter Fischer hintertrieben wurde (**antifa** berichtete). Das für die Absage verantwortliche Bezirksamt Harburg hatte hierfür harte Kritik einstecken müssen. Diese hat jetzt offenbar Wirkung gezeigt. Eine Ausstellung über die Verfolgung der Swingjugend im Faschismus, die von der Initiative »Gedenken in Harburg« für den November geplant ist, darf im Rathaus aufgestellt werden.

Hans-Joachim Meyer

»Kampf um Befreiung ist international!«



Am 7. Mai berichtete Ruth Weiss (rechts mit Cornelia Kerth) im Alabama-Kino über ihr interessantes und kämpferisches Leben.

Als Tochter jüdischer Emigranten kam sie 1936 nach Südafrika und erlebte dort die Entwicklung des Apartheid-Regimes und die Entrechtung der afrikanischen Bevölkerung. Sie entschloss sich, als Journalistin und Schriftstellerin gegen den Rassismus zu kämpfen. Ihr spannender Vortrag wurde vom Chor der Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter umrahmt.

Feste – Filme – Veranstaltungen: Hamburger VVN-Termine im Sommer

5. August Sommerfest in Heideruh

Auch in diesem Jahr feiern wir in Heideruh! Uns erwartet ein buntes Programm aus Folklore, Flohmarkt, Diskussion und unseren Liedern, gern zum Mitsingen. Start um 13 Uhr an der Shell-Tankstelle, gegenüber Bf. Dammtor. Nach Kaffee und Kuchen und Abendessen vom Grill fahren wir um 21 Uhr zurück.

Preis: 15 Euro. Bitte im Büro voranmelden, Tel.: 31 42 54. Abholung per Sammeltaxi gegen Festpreis möglich.

27. August: Film-Veranstaltung „70 Jahre nach dem spanischen Bürgerkrieg“

1936: Junge Menschen aus der ganzen Welt eilen nach Spanien, um gegen den faschistischen Putsch zu kämpfen. Sie wissen: es geht um die Zukunft Europas. Als 1938 Franco den Sieg erringt, rächt er sich blutig an seinen Gegnern. Zehntausende Opfer wurden erst in den letzten Jahren in Massengräbern entdeckt.

Wir sehen einen interessanten Dokumentarfilm und diskutie-

ren mit Miguel Domingo Saura, der ein Soziales Jahr in Neuneggamme absolviert, über Erinnerung und Vergessen in Spanien.

17 Uhr, Metropolis-Kino

10. September: Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg

Cornelia Kerth spricht über den aktuellen Umgang mit der Erinnerung an Faschismus und Widerstand, der zunehmend in totalitarismustheoretische und geschichtsrevisionistische Konzepte eingebettet wird. Blumen für die Gräber sind willkommen.

11 Uhr, Ehrenhain der Hamburger WiderstandskämpferInnen

16. September: Fahrt zur KZ-Gedenkstätte Salzgitter-Drütte

1942 entstand auf dem Gelände der heutigen Salzgitter AG das KZ Drütte. Bis zu 3000 Häftlinge wurden hier zusammengepfercht und in der Rüstungsproduktion eingesetzt.

Start ist um 8.30 Uhr am ZOB und um 9.00 Uhr vor dem Harburger Helms-Museum. Um 12.30 Uhr beginnt die Führung durch die Gedenkstätte, danach geht es zum Gedenkfriedhof Jammertal.

Die Fahrtkosten liegen bei 20 Euro, ermäßigt 10 Euro. Anmeldung bei der VVN-BdA Hamburg, Tel.: 31 42 54.

Nicht nur Sonntagsreden gegen NPD in Eimsbüttel Nazi-Kundgebung im eigenen Stadtteil zwingt Rot-Grün auf die Straße

Eine ähnliche Provokation gab es in Eimsbüttel seit Jahren nicht: Am 8. Juni marschieren Neonazis durch den Stadtteil, Wohnort vieler rot-grüner Wähler und Funktionäre.

Obwohl sich diese Parteien bei antifaschistischen Aktionen meist nicht mehr blicken lassen, oder, wie die GAL in Harburg, gemeinsam mit der CDU antifaschistische Arbeit torpedieren, waren sie nun gezwungen, Politik für ihre Klientel zu machen. Die GAL meldete eine Kundgebung an, auf der nach starkem Druck auch antifaschistische Linke sprechen durften.

Vor anfänglich rund 200 Personen sprach auch SPD-Bundestagsabgeordneter Niels Annen, dessen

Veranstaltung wenige Tage zuvor von NPD und Freien Kameradschaften gestört werden sollte. Er forderte einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot. Der Redner der GAL blieb sehr viel allgemeiner, er rief auf, sich für die Demokratie stark zu machen.

Die Landesvorsitzende der VVN-BdA Schleswig-Holstein, Marianne Wilke, forderte ein Verbot der NPD nach Artikel 139 GG. Sie bemerkte außerdem, dass die etablierten Parteien gerne Sonntagsreden hielten, sich aber dann meist als unfähig erwiesen, Initiativen zur Bekämpfung des Neofaschismus folgen zu lassen.

Die Nazi-Kundgebung wurde von Redner Christian Worch auf der NPD-Homepage als Erfolg ge-



Kameradinnen und Kameraden in Eimsbüttel. Bild: VVN-BdA Hamburg

wertet. Weitere sollen folgen, droht die NPD-Landesvorsitzende Anja Zysk.

Felix Krebs

Redaktion: W. Siede
E-Mail: wolframsiede@gmx.de

NIEDERSACHSEN

Delegation der VVN-BdA Braunschweig in Dieppe Besuch der Feiern und Veranstaltungen zum Tag der Befreiung

Es ist inzwischen eine gute und langjährige Tradition, dass eine Delegation der Kreisvereinigung Braunschweig der VVN-BdA zum 8. Mai nach Dieppe/Normandie fährt, um dort mit den Kameradinnen und Kameraden der beiden Verfolgten- und Widerstandsorganisationen FNDRIIP und ANACR den Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg zu feiern, ein Tag, der seit der Regierung von François Mitterrand 1981 offizieller Feiertag in Frankreich ist.

Die Delegation bestand dieses Jahr aus Michael Rose-Gille, Stefan Hölzer und Susanne Knoblich, die von Freitag, den 5. Mai bis Dienstag, den 9. Mai 2006 ein abwechslungsreiches und interessantes Programm in Dieppe erlebten und herzlich von den Kameradinnen und Kameraden aufgenommen wurden.

Wichtig ist dabei zu erwähnen, dass sich seit ein paar Jahren der Charakter der Fahrt verändert hat: während früher die Gespräche un-

tereinander und die Teilnahme an der Gedenkfeier am 8. Mai im Vordergrund standen, sind jetzt die Diskussionen mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Organisationen in Dieppe sehr wichtig. Außerdem: Wir gehen mit dem Angebot an Diskussionen in die Öffentlichkeit. Unsere beiden Schwesterorganisationen nutzen die Gelegenheit unserer Anwesenheit gemeinsam mit anderen Vereinen wie der MRAP (Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples – Bewegung gegen den Rassismus und für die Völkerfreundschaft) um Podiumsdiskussionen durchzuführen. Die diesjährige Veranstaltung, zu der auch ein Vertreter einer antifaschistischen Organisation aus Brighton/Großbritannien eingeladen war, fand am Samstag, den 6. Mai in der Nähe von Dieppe statt. Die FreundInnen aus Dieppe berichteten von dem kürzlich veröffentlichten Bericht der regierungsunabhängigen nationalen beratenden Kommission für die Menschenrechte (Commission nationale consultative des Droits de l'hom-

me), die zwar eine Verringerung von rassistischen und ausländerfeindlichen Angriffen feststellte, gleichzeitig aber konstatieren musste, dass sich ein Drittel der FranzösisInnen offen als rassistisch bekennen. Eine Tatsache, die die FreundInnen der MRAP sehr beunruhigte. Auch dort – wie überall in Europa – heißt es also wachsam sein.

Auch der Sonntag wurde für eine öffentliche Veranstaltung genutzt: In der Gemeinde Harfleur bei Le Havre referierte Stefan über

Fahrt mit neuem Charakter

die Zeichen und Symbole der Nazis, ein Vortrag mit anschaulichen Beispielen, der von den Anwesenden sehr interessiert aufgenommen wurde und Anlass zu vielen Fragen und beispielhaften Berichten aus dem französischen Alltag bot, wie z. B. von den Boykott-Aufrufen gegen Firmen, die die Front National (FN) von Le Pen unterstützen.

Wiederholungen von beiden Veranstaltungen sind im nächsten

Jahr in einem größeren Rahmen geplant.

Einen Affront stellte die Einladung des – rechten – Bürgermeisters von Dieppe, Leveau, zu den Feierlichkeiten des 8. Mai dar, die für große Empörung unter den Kameradinnen und Kameraden sorgte, sprach er doch von der Feier des Waffenstillstands (armistice) 1945. Dagegen betonten die Kameradinnen und Kameraden von FNDRIIP und ANACR immer wieder – und hatten dabei auch eine gute Presse –, dass Nazideutschland am 8. Mai bedingungslos kapituliert hat und die Alliierten somit einen Sieg über das faschistische Regime errungen hatten.

Wir erwarten den Gegenbesuch der Kameradinnen und Kameraden in Braunschweig vom 2. bis 6. Juli, derzeit bereiten wir in der Kreisvereinigung das Programm vor. Einer der Höhepunkte wird natürlich die Teilnahme an den Rieseberg-Gedenkfeierlichkeiten in Erinnerung an die elf von den Nazis am 4. Juli 1933 in Rieseberg bei Helmstedt ermordeten Gewerkschafter sein.

Stefan Hölzer

**Punk-Ikone
Konrad K. verstorben**

In der Nacht vom 11. auf den 12. Mai 2006 verstarb der Punkmusiker Konrad Carls, geborener Kittner, im Alter von 44 Jahren. Beim Spaziergang mit seiner Frau brach er zusammen und konnte trotz vieler Versuche nicht reanimiert werden.

Carls war mit seiner Band, den »Abstürzenden Brieftauben«, berühmt geworden. Dort stand er als Konrad K. auf der Bühne und konnte mit Mirko Bogumil und Olly Rosthal zahlreiche Chartplatzierungen verbuchen.

Die Band, die von 1983 bis 1996 existierte, war sicherlich die bekannteste der musikalischen Stationen von Konrad K.

Von den Kondensators (später Klischee) über B-Test, Hansa Knacker, Rasta Knast und Legal Kriminal, bis hin zu seiner aktuellen Band WKA – Wir können auch anders –, war er immer bemüht, mit seinen Texten zum Nachdenken anzuregen. Sein Leben und seine Musik waren bestimmt von antifaschistischen Texten und Aktionen.



Konrad K. am 8. Mai 2006

Carls, geboren am 30. März 1962 in Hannover, war der Sohn des bekannten Kabarettisten Dietrich Kittner. Er war seit 2001 mit seiner Frau Birgit verheiratet und arbeitete gerade an einer DVD über die Zeit mit den »Abstürzenden Brieftauben«.

Andreas Barthel

Mahnung zur steten Wachsamkeit

Veranstaltungen zum 8. Mai in Hannover und Peine

Zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus fanden in Hannover und Peine VVN-Gedenkveranstaltungen statt.

Die Kreisvereinigung Hannover hatte zu der traditionellen Gedenkfeier am Mahnmahl Gerichtsgefängnis aufgerufen, das am Standort des ehemaligen Gebäudes errichtet worden war. An diesem Ort verbrachten Widerstandskämpfer und andere Verfolgte des faschistischen Terrors einen Teil ihrer Leidenszeit. Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 8. Mai stand ein Beitrag zu Leben und Werk von Ernst Thälmann, der dort ohne Prozess sechs Jahre in Einzelhaft verbringen musste. Nach dem Solidaritätslied und den »Moorsoldaten«, mit musikalischer Begleitung gesungen, wurden Blumengebinde von der Kreisvereinigung der VVN-BdA und dem Kreisvorstand der DKP nieder gelegt.

Zuvor hatte eine eindrucksvolle Gedenkveranstaltung am Standort des Lagers Hannover-Stöcken stattgefunden, einem Außenlager des KZ Neuengamme. Auch am dortigen Mahnmahl legte ein Vertreter der Hannoveraner Kreisvereinigung ein Gebinde nieder.

Bei der Gedenkfeier im Peiner Herzberg sprach Superintendentin Christa Geerts-Isermeyer vor 40 Teilnehmern. Sie gedachte der vielen aktuellen Beispiele in der Welt, die an die Zeit des Nationalsozialismus erinnern und mahnte zur Wachsamkeit. VVN-Kreisvorsitzender Peter Baumeister bat die Anwesenden, sich überall dafür einzusetzen, dass die Gelder für die Programme gegen Rechtsextremismus nicht gekürzt werden. Es



Die Gedenkfeier am Mahnmahl Gerichtsgefängnis in Hannover. Bild: rwk

wurden zehn Kränze und Gebinde – so viel wie nie zuvor –, unter anderem vom stellvertretenden Peiner Bürgermeister Gerhard Brendecke, von den Betriebsratsvorsitzenden der Peiner Träger Reinhard Heuer und Udo Meyer und vom DGB-Kreisvorsitzenden Frank Raabe-Lindemann niedergelegt.

Fuzzy aus Salzgitter begleitete musikalisch die Veranstaltung. Ebenfalls Anfang Mai führte die VVN-BdA Peine eine Stadtführung zu Stätten von Widerstand und Verfolgung unter dem Motto »Das andere Peine - Peine von 1930 bis 1945« mit etwa 20 Teilnehmern durch.

rwk/bm

Bündnis plant weitere Aktivitäten in Peine

Das Peiner Bündnis für Zivilcourage und Toleranz, das von Mitgliedern der VVN-BdA und den Gewerkschaften getragen wird, plant für dieses Jahr noch einige Aktivitäten.

Am **Freitag, den 18. August** sollen weitere **Stolpersteine** von dem Künstler Gunter Demnig verlegt werden. Dieses Mal

wird auch der Menschen aus Peine gedacht, die auf Grund ihrer politischen Überzeugung verhaftet und während der Zeit des Nationalsozialismus umgekommen sind. Das soll auch außerhalb der Fußgängerzone passieren.

Vom **2. bis 16. Oktober** wird im Peiner Forum die **Ausstel-**

lung »Neofaschismus in Deutschland« gezeigt. Diese wird am 2.10. um 18 Uhr durch Landrat und Schirmherr Franz Einhaus eröffnet. Das Hauptreferat hält Matthias Wilhelm von der IG Metall Peine-Salzgitter. Am Mittwoch, den 4. Oktober und Donnerstag, den

(Fortsetzung auf Seite 10)

Aktivitäten in Peine

(Fortsetzung von Seite 9)

5. Oktober haben Schulklassen von 8 - 13 Uhr die Möglichkeit, an einer Führung durch die Ausstellung teilzunehmen. Zur Vorbereitung stehen Lehrkräften Unterrichtsmaterialien mit zahlreichen Arbeitsblättern zur Verfügung.

Am **Mittwoch, den 11. Oktober** wird eine **Veranstaltung über »Rechtsextremismus in der Region«** ebenfalls im Forum ab 19.30 Uhr durchgeführt.

Am **Samstag, 4. November**, findet eine **Fahrt zum Jüdischen Museum nach Berlin** statt. Abfahrt ist um 7 Uhr, auch aus anderen Kreisvereinigungen sind Gäste sehr willkommen. Der Fahrpreis beträgt 20 Euro, Anmeldungen sind im Büro der VVN-BdA Niedersachsen und bei Peter Baumeister möglich.

Peter Baumeister

Schlechtes Gewissen?

Podiumsdiskussion über Riefenstahl-Ausstellung verschleppt

Wie berichtet, hatte das Theatermuseum beim Schauspielhaus Hannover eine »historisch-kritische« Ausstellung über die Nazipropagandistin Leni Riefenstahl organisiert.

Dort waren bis zum 11. Juni neben einigen Dokumenten, die ihre tiefe Verstrickung in den faschistischen Machtapparat bezeugen, ihre beiden Propagandafilme zu den Reichsparteitagen von 1933 (»Sieg des Glaubens«) und 1935 (»Triumph des Willens«) und der Film über die Olympiade 1936 unkommentiert und in voller Länge zu besichtigen. Daneben waren die Ergebnisse ihrer Photo-Expedition zu den Nuba in Ostafrika ausgestellt, ohne der Frage näher nachzugehen, welche Beziehung zwischen den ästhetischen Mitteln, die zur Verherrlichung des Faschis-

mus, dem Körperkult im Olympia-Film und diesen Arbeiten bestehen könnten.

Die Kreisvereinigung Hannover der VVN-BdA reagierte mit einem Flugblatt (»Propaganda für einen Verbrecher ist ein Verbrechen!«), in dem vor allem kritisiert wurde, dass die Ausstellung der Legende weiter Vorschub leistet, Riefenstahl sei eine große Künstlerin, die lediglich zeitweilig der »Faszination« durch Adolf Hitler erlegen sei.

Die Trennung von formalen Mitteln und politischem Inhalt, mit der nicht nur Leni Riefenstahl, sondern auch andere Propagandisten des Faschismus ihren Ruf als Künstler in die Nachkriegszeit retten wollten, wurde angegriffen.

Über die Personalvertretung des Theaters wurde daraufhin an die VVN-Kreisvereinigung das Interesse an einer öffentlichen Podi-

umsdiskussion herangetragen. Wir beschlossen, uns an einer solchen Veranstaltung zu beteiligen und versuchten, uns mit dem Schauspielhaus über die Bedingungen zu verständigen. Von dort war jedoch seitdem weder etwas über eine mögliche Besetzung des Podiums noch über einen Termin zu erfahren. Auf wiederholte Nachfrage war nur zu hören, zuständig sei die Intendantur, dort sei aber niemand zu erreichen.

Da nicht nur das Ende der Ausstellung, sondern auch die der Spielzeit immer näher rückt und somit eine seriöse Vorbereitung nicht mehr zu erwarten ist, muss davon ausgegangen werden, dass die Intendantur des Schauspielhauses kein wirkliches Interesse an dieser Diskussion hat und damit einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Funktion dieser Ausstellung aus dem Weg gehen will.

rwk

P.S.: Nach Abschluss dieses Artikels erreichte uns ein Anruf der Intendantin: Die Verfolgung des Projekts sei leider im Geschäftsbetrieb untergegangen. Wir bleiben bei unserer Wertung.

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung sehr freuen.
Konto Nr. 7510-307
Postbank Hannover
BLZ 250 100 30

Redaktion: Stefan Hölzer

BERLIN

Denkmal für NS-Opfer am Alex steht wieder

Stele am Ort des ehemaligen Polizeipräsidiums der Öffentlichkeit übergeben

Zeitgleich zum Fußball-Spiel Deutschland-Ecuador am 20. Juni und daher mit geringer öffentlicher Resonanz wurde das restaurierte Denkmal für NS-Opfer auf dem Alexanderplatz übergeben.

Im Rahmen der Sanierung am Tunnel Grunerstraße in der unmittelbaren Umgebung des Platzes im Jahre 2002 wurde die 1987 vom Berliner Bildhauer Goetz Dorl geschaffene Stele zum Gedenken an die Opfer von NS-Terror und Polizeigewalt entfernt und die Zeit genutzt, um die verrosteten Verankerungen im Sockelbereich des Denkmals zu erneuern. Die konvex gewölbte Edelstahlplatte, die sym-



Der Bezirksbürgermeister von Berlin Mitte, Joachim Zeller (CDU) und der Bildhauer Goetz Dorl vor der Stele.
Bild: VVN-BdA Berlin

bolisch gerissen ist, erinnert an die deutschen und ausländischen Opfer des NS-Regimes, deren häufig langjährige Verfolgung, Haft und Folter in den Gefängniszellen des Polizeipräsidiums ihren Anfang nahm. Der Text auf der Schrifttafel blieb seit der Einweihung 1987 unverändert.

Die Restauration und erneute Übergabe an die Öffentlichkeit wurde durch die an der Baustelle beteiligten Firmen DEGEWO, STRABAG, beton&rohrbau, PST GmbH und Trapp finanziert und durchgeführt. »Wir sagen ganz klar: Die Rechten dürfen keine Chance zur Wiederholung bekommen«, sagte DEGEWO-Vorstand

(Fortsetzung auf Seite 11)

Franz Jacobs Versteck war in Berlin

Zum 100. Geburtstag des Widerstandskämpfers am 9. August 2006

In Hamburg war Kommunist Franz Jacob jüngstes Mitglied der Bürgerschaft. 1933 steckten ihn die Nazis für sieben Jahre ins Zuchthaus und KZ. Bald war der Widerstandskämpfer wieder auf der Flucht – so kam er nach Berlin. Edith Wahner erinnert sich an ihn:

Meine Eltern Aenne Weiß und Anton Saefkow hatten sich nach seiner Entlassung aus sechsjähriger Haft kennen gelernt und 1941 geheiratet. Während eines Urlaubs an der Mosel erkrankte meine Mutter und Anton holte sie nach Berlin zurück. An diesem Tag, im Oktober 1942, klingelte es an unserer Wohnungstür. Eine fremde Frau stand vor mir. Nach längerem Zögern bat sie mich, zu übermitteln: »Bei Tante Lorchen sitzt Franz, der dringend Anton sprechen muss.« Spät abends fuhr ich zum Anhalter Bahnhof, um meine Eltern abzuholen. Anton begab sich sofort zu seiner Schwester Lorchen Löffler.

Nach einigen Tagen informierten mich meine Eltern, dass Franz von der Gestapo gesucht wurde. Deshalb war auch meine Hilfe unbedingt erforderlich. Die Einquartierung bei zuverlässigen Genossen übernahm Anton, für die Verpflegung sollten meine Mutter und ich sorgen. Freunde mussten alle neun Wochen eine Wochenration von Lebensmittelmarken spenden. Bei den kargen Zuteilungen fiel dies besonders kleinen Familien

Denkmal auf dem Alex (Fortsetzung von Seite 10)

Christoph Beck bei der feierlichen Übergabe. Und weiter: »Sich erinnern, bedeutet auch, sich mit dem Geschehenen auseinanderzusetzen und Haltung zu beziehen.« Auch wenn die »Denkmalshoheit« in Berlin bei den Stadtbezirken liegt: Sowohl Innensenator Körting als auch Polizeipräsident Glietsch haben die Chance dazu an diesem Tag verpasst.

Nach der Machtübertragung an die NSDAP bildete sich das Polizeipräsidium am Alexanderplatz

schwer. Manche wollten sich mit Geld davon befreien oder nur die Marken für Grundnahrungsmittel abgeben. Wir bestanden darauf, auch Rauchwaren und Sonderzuteilungen bereitzustellen.

Mitte November 1942 erhielt ich

unser Kind und für uns alle viel wichtiger.«

Bei all diesen Begegnungen hat er mich stets zurückhaltend, freundlich und wie eine Erwachsene behandelt. Natürlich wurden wir im Laufe der Zeit vertrauter

Franz Jacob wächst in einer Hamburger Arbeiterfamilie auf und wird Maschinenschlosser. 1925 tritt er dem KJVD und der KPD bei, 1932 wird er jüngstes Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Mitte August 1933 verhaftet kommt er nach einer Zuchthausstrafe bis 1940 in das KZ Sachsenhausen. Danach arbeitet er auf einer Werft und bildet mit Bernhard Bästlein eine Widerstandsgruppe.

Als im Oktober 1942 eine Verhaftungswelle beginnt, taucht er in Berlin unter und leistet mit Anton Saefkow Widerstand. Anfang Juli 1944 wird er verhaftet, mit Anton Saefkow und Bernhard Bästlein zum Tode verurteilt und im September hingerichtet. In Berlin-Lichtenberg trägt eine Straße seinen Namen.



den Auftrag, Franz in einer Kleingartenanlage in Pankow zu treffen. Ich berichtete ihm, dass am 9. November seine Tochter Ilse geboren, Mutter und Kind wohlauf seien. Ich bedauerte, dass Ilse ausgerechnet an einem 9. November zur Welt kam, an dem Tag, als Hitler 1923 zur Feldherrenhalle marschierte. Doch Franz war glücklich und erwiderte: »Edith, am 9. November war aber auch die Revolution von 1918, und du wirst sehen, die ist für

und ich glaube, dass er auch mir vertraut hat. Ich war verschwiegen und immer bemüht, normal aufzutreten. Komisch war für mich, dass meine Eltern wollten, dass ich Franz mit »Martin« anspreche. Daraufhin habe ich jede Anrede vermieden.

Häufiger traf ich Franz dann im ersten Halbjahr 1943, als meine Schwester Bärbel geboren und Anton wochenlang mit einer Blinddarmsoperation und einer Throm-

haft« für die direkte Einweisung in Konzentrationslager oder andere Haftanstalten vorgesehen waren, wurde das Polizeipräsidium am Alex genutzt.

Das Polizeipräsidium am Alexanderplatz stand bis zum Frühjahr 1945. Der verstorbene Antifaschist Karl-Ludwig Schulze-Iburg, 1933 selbst Häftling im Polizeipräsidium, erinnerte sich: »Am Ende verschwand die Zwingburg selbst, versank in Schutt und Asche der nationalen Katastrophe, die das Hitlerregime und seine Hintermänner verschuldete.«

Mark Querfurth

bose im Krankenhaus lag.

Das letzte Mal sah ich Franz auf unserem Grundstück in Hohen-Neuendorf. Dort hielt sich meine Familie seit Frühjahr 1944 auf, um sich vor den Bombenangriffen auf Berlin zu schützen. Gelegentlich kam Franz. Hier konnte er entspannen. Ende Juni 1944 hatte ich eine leichte Angina. Von Franz bekam ich ein Medikament. In Anton's Gesäßtasche zeichnete sich eine Pistole ab und auf meinen fragenden Blick sagte er: »So ernst ist es.« Seit Anfang Juni wusste ich von meiner Mutter, dass ein Hamburger Genosse plötzlich verschwunden war. Diese und andere Anzeichen verstärkten in mir eine Ahnung, dass Schlimmes bevorstand.

Wenn ich daran denke, dass Franz in der Zeit des Faschismus nur zwei Jahre ein normales Leben führen konnte, kann ich seine Ruhe, Freundlichkeit und Verbindlichkeit nur bewundern. Ich bin sehr froh, ihn gekannt zu haben.

Edith Wahner

Die Berliner VVN-BdA lädt für den 9. August 2006 um 18.00 Uhr in die Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14, in Berlin-Lichtenberg zu einem Gespräch mit Hans Coppi und Edith Wahner anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Jacob ein. Anwesend ist auch Ilse Jacob.

Literatur zur Geschichte des Polizeipräsidiams am Alex: Gerhard und Inge König: Das Polizeipräsidium Berlin-Alexanderplatz. Seine Geschichte – Seine Polizei – Seine Häftlinge (1933-1945). Geschichtswerkstatt der Berliner Vereinigung VdN e.V., Berlin 1997. Einzelne Exemplare des Buches sind noch über die Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA erhältlich.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 41 78
Fax: (030) 29 78 43 78
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Ein Leben lang dem Widerstand verpflichtet

Unsere Kameradin Anni Pröll verstarb kurz vor ihrem 90. Geburtstag

Am 28. Mai, kurz vor ihrem 90. Geburtstag, ist sie verstorben. Anni, so nannten sie Freunde und Kameraden, wirkte zeitlebens für Frieden und Völkerverständigung. Erinnerungen an eine tapfere Kämpferin.

17 Jahre alt ist die Augsburgerin Anna Nolan, als sie im September 1933 zum ersten Mal verhaftet wird. Mit ihren Genossinnen und Genossen aus dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD) hat sie in ihrer Heimatstadt Parolen gegen den Faschismus an Wände gemalt, Flugblätter verteilt, Kontakte zu Widerständigen in München geknüpft. Ihre Eltern sind da bereits von den Nazis eingesperrt. Anna sitzt lange im Gefängnis, über 20 Monate davon in Einzelhaft. Als sie im Juni 1937 aus dem Konzentrationslager Moringen frei kommt, muss sie erfahren, dass ihr Vater in Dachau ermordet wurde.

Wieder in Freiheit ist Anna ständigen Überwachungen und Repressionen durch die Gestapo ausgesetzt. 1938 versuchen die Nazis Annas Heirat mit ihrem Kampfgenossen Josef Pröll zu verhindern, der auch schon drei Jahre KZ Dachau hinter sich hat. Sie schaffen es nicht, doch sie trennen die junge Familie bald: Josef Pröll wird 1939 erneut verhaftet und kommt erst nach der Befreiung des Lagers Buchenwald wieder heim.

Trotz der Bespitzelungen gelingt es Anna auch in Kriegszeiten, Kontakte zu ehemaligen Haftgenossinnen aus Moringen und anderen Antifaschisten zu halten. Sie bleibt dem Widerstand verpflichtet und hilft, Verfolgte zu unterstützen.

So hält sie es auch in den Jahrzehnten nach 1945. Sie engagiert sich in der KPD und erringt für diese ein Stadtratsmandat in Augsburg. Das kann sie nicht antreten, weil es für die Verfolgtenfamilie

Pröll keine Wohnung in ihrer Heimatstadt gibt. Im nahe gelegenen Gersthofen finden sie ihren Nachkriegswohnsitz.



Anni Pröll

Bild: J. Pröll

Anni Pröll war – so lange es ihre Gesundheit zuließ – unermüdlich aktiv in der VVN und in Lagergemeinschaften, als Kämpferin gegen den alten und neuen Faschis-

mus, für Frieden und Völkerverständigung, als Zeitzeugin in Schulen und bei Veranstaltungen.

Ehrungen wurden ihr dafür erst in ihren letzten Lebensjahren zu teil. Als ihr der bayerische Ministerpräsident 2002 das Bundesverdienstkreuz überreichte, betonte sie, sie nehme es stellvertretend für all ihre Kameradinnen und Kameraden aus dem Widerstand entgegen, denen solche Ehrungen versagt wurden. 2003 verlieh ihr die Stadt Augsburg die Ehrenbürgerwürde.

Bis schwere Krankheiten ihr dies unmöglich machten, hat sie diskussionsfreudig und kämpferisch die Arbeit des Landesvorstandes der VVN-BdA Bayern mit geprägt. Wir werden das Andenken an Anni in unseren Herzen bewahren. Und präsent bleiben wird sie uns auch künftig durch den Dokumentarfilm ihres Sohnes Josef: »Anna, ich hab Angst um dich«.

Heinersdorfer Kampf der Kulturen

»Bürgerinitiative« und Neonazis demonstrieren gemeinsam gegen Moschee-Bau

Seit März tobt in Pankow-Heinersdorf nicht der Bär, sondern der rassistische Mob: Am 7. Juni protestierten 1.500 Menschen gegen den Bau einer Moschee und forderten ein Bürgerbegehren. Unter den Demonstranten befanden sich mehrere Dutzend Neonazis, darunter bekannte NPD- und Kameradschaftskader.

Berlin verkündet stolz, dass in dieser Stadt Menschen aus über 180 Nationen mit unterschiedlichen Kulturen und Auffassungen leben, lieben und arbeiten. Doch in Heinersdorf ist von Toleranz derzeit nichts zu spüren. Mit einem Bürgerbegehren sollen die Muslime des Bezirks daran gehindert werden, ihre Religion und Kultur zu leben. Ein erster Antrag war unter Verweis auf die verfassungsrecht-

lich garantierte Religionsfreiheit abgelehnt worden.

Die Debatte verhärtete sich, alle Versuche, rassistische Feindbilder mit Argumenten aufzubrechen, haben bisher bei vielen Bewohnern nur zu einer weiteren Versteinerung geführt. Eine Religionsgemeinschaft erhält von Unwissenden, nicht wissen Wollenden und von nazistischen Brunnenvergiftern den Status von Terroristen. Keiner kennt sie, aber viele fühlen sich bedroht. Statt auf die neuen Nachbarn zuzugehen, wird orakelt, dass mit dem Bau der Moschee die Grundstückpreise fallen. Vieles erinnert an Bürgerbegehren gegen Asylbewerberheimen, gegen den Bau von Synagogen oder jüdische Kultureinrichtungen.

Auch wenn die Moschee-Gegner aus der bürgerlichen Mitte, wie sie sich bezeichnen, den Rechtsex-

tremisten weitgehend fern bleiben wollen – fern von deren braunem Gedankengut sind sie nicht. Selbst bei den Heinersdorfern dürfte längst angekommen sein, dass die Ahmadiyya-Gemeinde, die die Moschee bauen will, keine fundamentalistische islamistische Gruppierung, sondern eine friedliche Religionsgemeinschaft ist.

Ältere Mitglieder der Berliner VVN-BdA fühlen sich an nazistische Hetze und Verfolgung erinnert und sind mit den jüngeren Mitgliedern über die sich ausbreitende Stimmung am rechten Rande und in der Mitte der Gesellschaft sehr besorgt. Sie haben vergeblich versucht, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, nur Ablehnung schlug ihnen entgegen.

Die Mehrheit der Abgeordneten der Pankower Bezirksverordnetenversammlung steht dem Bürgerbe-

gehren ablehnend gegenüber. Doch von einem parteienübergreifenden Protest gegen den Aufmarsch ist nichts spüren. Als ich den gespenstisch fröhlichen Protest vor Ort sah, musste ich an Lessings Nathan den Weisen und an einen Pankower denken, der in einem Leserbrief schrieb: »Der mutige Entschluss der islamischen Gemeinde, in Heinersdorf eine Moschee zu bauen, sollte als Chance begriffen werden, die latent bedrückende und regressive Stimmung in Gebieten wie diesem zu überwinden.«

Unser Protest gegen die rassistische Bürgerinitiative war ein Zeichen. Es sollte uns aber nicht abhalten, das Bündnis zu erweitern und weiterhin die Auseinandersetzung mit dieser rassistischen »bürgerlichen Mitte« zu führen, auch im Sinne von Lessings Botschaft der Ringparabel. **Hans Coppi**

Mittenwald: Proteste und Argumente gegen NS-Tradition

VVN-BdA richtet Appell an oberbayerische Bürger und Gäste

Über 300 zumeist junge Menschen protestierten am Wochenende vor Pfinzgen im oberbayerischen Mittenwald gegen das diesjährige Treffen des »Kameradenkreises der Gebirgsgruppe«. Sie folgten den Aufrufen der Historikergruppe »Angreifbare Traditionspflege« und der VVN-BdA.

An einem Infostand am Bahnhof und im Ortszentrum verteilten VVN-Mitglieder ein Flugblatt, das sich an die Bürger und die Gäste des Touristenortes richtete. »Wir empfinden es als unerträglich«, heißt es darin, »wenn einerseits öffentlich die Tradition der Gebirgsjäger gefeiert wird, andererseits die inzwischen namentlich bekannten und vermutlich an Mordtaten beteiligten ehemaligen Soldaten noch Mitglieder des Traditionsvereins sind. Wir fordern die klare Distanzierung von den Verbrechen und die Einleitung von Verfahren!«

Die Verfasser stellen weiter fest: »Wer heute in einem demokratischen Staat öffentlich die Tradition der Gebirgsjäger pflegen will, hat vor allem eine Aufgabe: die Erforschung der Verbrechen der Wehrmacht und die Ehrung der Opfer. Wir fordern die öffentliche Ehrung

der Opfer und deren Entschädigung!

Nazitradition – und dazu gehört auch die Glorifizierung des 'unpolitischen tapferen Kämpfers' – darf unter keinen Umständen Eingang finden in die Bundeswehr. Aber die Wirklichkeit sieht leider anders

der Bestrafung der Täter entzog.

Ihre Forderungen bekräftigte die VVN-BdA auch mit einer von den KZ-Überlebenden Ernst Grube und Martin Löwenberg unterschriebenen Anzeige in der lokalen Presse. In einer Presseerklärung verurteilten die VVN-Sprecher Ulrich



Zeitzeugen-Podium in Mittenwald. Von links: Max Tzwangue, Frankreich, Stephan Stracke, AK Angreifbare Traditionspflege, Professor Iwan Kristan, Slowenien, Ernst Grube, VVN-BdA. Foto: Antoni

aus: Noch immer tragen Einheiten der Bundeswehr die Namen von Nazigrößen, noch immer beteiligt sich die Bundeswehr an Traditionsfeiern wie hier in Mittenwald und stellt Einrichtungen und Personal zur Verfügung. Wir fordern eine klare Distanzierung der Bundeswehr von jeder Traditionspflege der Wehrmacht!«

Auf eine Anfrage der Linkspartei im Bundestag hatte das Verteidigungsministerium vor dem Treffen erklärt, der soldatische Schulterschluss sei nicht zu beanstanden: »Bei der Gedenkfeier wird der Gefallenen und Toten der Kriege und der ums Leben gekommenen Bundeswehrsoldaten gedacht«. Außerdem werde auch »in angemessenem Verhältnis« an die Opfer der Nazi-Kriegsverbrechen erinnert, behauptete die Bundesregierung, obgleich sich der Kameradenkreis bisher jeder Mithilfe an der Aufklärung der Verbrechen und

Sander, Ernst Grube und Friedbert Mühldorfer die Verwüstung einer Gedenkstätte für gefallene Soldaten einige Tage vorher im benachbarten Garmisch. Sie bezeichneten diesen Übergriff als eine Provokation, die ablenke von den berechtigten Protesten gegen die Ehrung von Kriegsverbrechern.

Die ehemaligen Partisanen Professor Iwan Kristan aus Slowenien und Max Tzwangue aus Frankreich erinnerten bei einem Zeitzeugen-Hearing an das Vermächtnis »Nie wieder!« des europäischen Widerstandes und riefen die Zuhörer auf, Europas Gestaltung nicht den Nachfahren der profaschistischen Kollaborateure zu überlassen. Ernst Grube wies auf beschämende Defizite im »offiziellen« Gedenken hin – vor allem was den Widerstand der Arbeiterbewegung und die Rolle der Roten Armee bei der Befreiung von Faschismus und Krieg betreffe. **E.A./U.S.**

Für Spaniens Freiheit

Die Bildung der Internationalen Brigaden in Spanien jährt sich 2006 zum 70. Mal. Vom Kampf gegen Francos Diktatur erzählt auch die Broschüre »Ringeln für eine bessere Welt. Der Penzberger Antifaschist Josef Raab (1899 - 1971)«, herausgegeben von der VVN-BdA Bayern.

In seiner neuesten Veröffentlichung zeichnet Autor Peter Brunner den Lebensweg des Arbeiters Josef Raab nach. Raab ging in den antifaschistischen Widerstand, zu den Internationalen Brigaden in Spanien, er kämpfte an der Seite der französischen Résistance und kam schließlich wieder in seinen Heimatort. Dort wurde der Kommunist Raab von der amerikanischen Besatzungsmacht 1945 zum ersten kommissarischen Bürgermeister ernannt.

Die reich illustrierte Broschüre ist zum Preis von 4,- Euro zzgl. Versandkosten zu beziehen bei VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel. (089) 531786 und Fax (089) 5389464.

RINGELN FÜR EINE BESSERE WELT
Der Penzberger Antifaschist Josef Raab (1899-1971)



Ein biografischer Bericht von Peter Brunner

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli: Oskar Belohlawek, Penzberg, 85 Jahre; Anne Fischbach, München, 75 Jahre.

August: Alice Bargel, Sipplingen, 95 Jahre; Hilde Faul-Gerber, Nürnberg, 91 Jahre; Ernst Antoni, München, 60 Jahre.

Wunsiedel: Weiter aktiv gegen Rechts!

Es ist schon ein bisschen her, aber wir wollen unseren Leserinnen und Lesern das schöne Bild nicht vorenthalten, das im April die Titelseite der in Wunsiedel verbreiteten »Frankenpost« zierte. Seit der Verhinderung des Rudolf-Hess-Aufmarsches der Nazis im vergangenen August hat in der Region die Wachsamkeit gegenüber rechtsextremem Treiben zugenommen. So auch bei dieser Mahnwache gegen ein Nazikonzert in der Stadt. »Bei Regen und Sturm gegen Rechts« überschrieb die örtliche Zeitung anerkennend das Bild. Die regionalen Aktivitäten lassen hoffen, dass auch in diesem Jahr im August in Wunsiedel wieder ein demokratisches Zeichen gegen braune Aufmärsche gesetzt wird.



Redaktion: Ernst Antoni

NORDRHEIN-WESTFALEN

»Nach 1945 war Hass gegen Deutsche zu stark«

Jüdische US-Emigrantin Hedy Epstein besuchte Antifaschisten in Gevelsberg

Auf Einladung des antifaschistischen Arbeitskreises Gevelsberg war Hedy Epstein in Gevelsberg zu Gast. Vom 23. April bis 6. Mai war sie im Ennepe-Ruhr-Kreis unterwegs, um an zahlreichen Schulen den Schülerinnen und Schülern als Zeitzeugin ihren Lebensweg im Holocaust zu schildern.

Der »Runde Tisch gegen rechte Gewalt«, dem der Bürgermeister Gevelsbergs vorsteht, und der antifaschistische Arbeitskreis hatten zu einer Auftaktveranstaltung in den Ratssaal des Rathauses eingeladen. Hedy Epstein, vom Bürgermeister Claus Jacobi herzlich begrüßt, hielt unter der Überschrift: »Ein Leben gegen den Hass« einen eindrucksvollen Vortrag über ihre Aktivitäten als Bürgerrechtlerin und Kämpferin für Menschenrechte und gegen Krieg.

»Als Opfer des Judenhasses, konnte ich nach 1945 in Deutschland nicht leben, weil ich in mir zu starken Hass gegen alle Deutschen verspürte«, erzählte Hedy Epstein. Lange habe sie gebraucht, um ihren Hass gegen das gesamte deutsche Volk zu überwinden. »Auge um Auge hinterlässt auf beiden Seiten nur Blinde«, sagte sie. Ob in den USA oder den Krisenregionen wie Kambodscha, Vietnam, Guatemala, Nicaragua, Palästina und Israel: »Unterschiede überwinden, in Dialog treten und dem anderen zuhören – so könne der Hass überwunden werden«. Das ist ihre Botschaft, die sie in die Welt trägt, auch mittels ihrer 1999 erschienene Autobiographie »Erinnern ist nicht genug«.

Hedy Epstein, geborene Wachenheimer, wurde 1924 in Kippenheim bei Freiburg/Breisgau geboren, ihre Familie war jüdischen Glaubens. Schon als Kind musste

Hedy in der Schule unter der Judenverfolgung der Nazis leiden. Weil ihre Eltern sie als 14-Jährige auf einen so genannten Kindertransport nach England gaben, blieb sie vom Holocaust verschont. Die Familie konnte wegen der in Europa bestehenden Restriktionen nicht auswandern. Hedy Epstein hat ihre Eltern nie wieder gesehen, sie wurden, wie alle ihre Verwandten auch, in Auschwitz ermordet.

Rückkehr nach Deutschland

In England engagierte sie sich schon in jungen Jahren gegen den faschistischen Krieg. Sie trat auch in die in London gegründete Freie Deutsche Jugend (FDJ) ein. Von August 1945 bis März 1948 kehrte Hedy Epstein als Angestellte der Militärregierung nach Deutschland zurück und war als Dolmetscherin im Nürnberger Ärztepro-

zess tätig. Später wanderte sie in die USA aus.

In ihrer neuen Heimat war sie beruflich mit der Eingliederung von Holocaust-Überlebenden befasst und erschrak bald über die herrschenden Klassenunterschiede, besonders über die Diskriminierung der Farbigen. So wurde sie zu einer bekannten Bürgerrechtsaktivistin, die sich für die Rechte der Menschen mit dunkler Hautfarbe, gegen den Vietnamkrieg und gegen Kriege der USA in der Welt einsetzte. Die »Instead of war-coalition« (Bündnis statt Krieg), »End of torture now« (Ende der Folter jetzt) und andere Organisationen zählen sie zu ihren aktiven Mitgliedern.

Heinz Müller

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629

Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Zum Beispiel Münster-Hiltrup

Auch im Münsterland kraftvolle Demo gegen Nazi-Aufmarsch

Aktionen zum 8. Mai, die Neonazismus-Ausstellung in Wuppertal, große Antifa-Demos mit jeweils 1 500 Teilnehmern in Dortmund, Düsseldorf und Gelsenkirchen - in den letzten beiden Monaten hat es in NRW viele Aktionen mit Beteiligung der VVN-BdA gegeben. Beispiel hierfür ist auch die Demo am 7. Mai in Münster-Hiltrup. Hier ein Bericht aus dem Münsterland:



Endstation Polizeikessel in Münster-Hiltrup: Wieder einmal waren es antifaschistische Gegendemonstranten, die von der Polizei aufgehalten wurden. Bild: JGN

7. Mai 2006: Hiltrup wehrt sich gegen Rassismus und Nazismus. Weit über 2 000 Menschen waren bei gutem Wetter in Hiltrup und setzten dort friedlich ein deutliches Zeichen gegen einen gleichzeitigen Neonazi-Aufmarsch. Rund 1 400 Gegendemonstranten blockierten später die geplante Nazi-Route.

Das Bündnis »Münster gegen Nazis« sowie das Bündnis gegen Rechts in Münster bedankte sich bei allen, die daran teilgenommen hatten, insbesondere bei den vielen Menschen aus Hiltrup, die auf den Straßen waren. Gemeinsam habe durch den bunten Protest gezeigt werden können, dass braunes Ge-

dankgut in Hiltrup, und damit gleichsam in Münster, unerwünscht ist.

Eine friedliche Sitzblockade von engagierten, friedlichen Jugendlichen auf der verlegten Nazi-Route, wurde später von der Polizei unsanft aufgelöst.

Die Nazis waren mit nur rund 70 Personen vor Ort. Gerade viele Kader der Nazis fehlten, der Rückhalt der Nazis für Aufmärsche in Münster bröckelt. Durchgeführt wurde die Provokation von Freien Kameradschaften aus dem Rheinland

und Ruhrgebiet. Die Altersstruktur war erschreckend jung. Doch ein Erfolg war es für sie nicht: Sie schafften es gerade mal 500 Meter weit in bewohntes Gebiet.

Deutliche Kritik richtete das Bündnis »Münster gegen Nazis« gegen die Vorgehensweise der Polizei. Sie hatte die 1 400 Blockierer und somit die gesamte Öffentlichkeit gezielt falsch informiert, um dann 191 Jugendliche in der Max-Winkelmann-Straße, dem späteren Demo-Ort der Nazis, einzukesseln.

JGN

Zu Lebenslänglich verurteilt – aber frei

Düsseldorf: Demo vor Wohnhaus eines Ex-SS-Mannes

An dem bundesweiten Aktionstag am 6. Mai zu einem SS-Massaker in der Toskana beteiligten sich in Düsseldorf rund 50 Demonstranten.

Es ging um die noch lebenden Mitglieder der 16. Panzergrenadierdivision »Reichsführer SS«. Diese Division wird beschuldigt, am 12. August 1944 ein Massaker unter den Bewohnern des Dorfes Santa Anna di Stazzema verübt zu haben. 560 Menschen, darunter 120 Kinder wurden damals erschossen. Ein Kriegsverbrechen, das die italienische Justiz bereits gesühnt hat. Die Mitglieder der Division wurden von einem Gericht in La Spezia vor einem Jahr in Abwesenheit zu lebenslanger Haft und Zahlung von Entschädigungen verurteilt.

Zur Vollstreckung der Haft ist es bislang nicht gekommen. Auch nicht bei Alfred Schöneberg. Der 85-jährige soll damals in Santa Anna dabei gewesen sein. Auch Schöneberg wurde in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt. Bis heute lebt er aber in einer gutbürgerlichen Nachbarschaft in Düsseldorf-Vennhausen.

Mit 50 Demonstranten, darunter sehr viele ältere Menschen, zog die VVN-BdA deshalb in das Wohngebiet. Vor dem Haus Schönebergs durfte keine Kundgebung stattfinden; die Polizei hatte einen Bannkreis mit 300 Metern Radius um das Haus des 85-jährigen gezogen. VVN-Demo-Organisator Jürgen Schuh durfte Schöneberg auch nur als »angeblichen Kriegsverbrecher« bezeichnen. Der Staats-

schutz der Polizei hatte andernfalls mit einer Anzeige gedroht. »Damit wird die italienische Justiz auf der Ebene einer Bananenrepublik angesiedelt«, ärgerte sich Jürgen Schuh.

Nachdem die Versammlung aufgelöst war, versuchten einige Teilnehmer der Demonstration doch zum Haus von Schöneberg vorzudringen und dort Flugblätter zu verteilen. Die Polizei reagierte relativ besonnen. Später wurden Bezirksvertreterin Christiane Schnura (Linke Liste) und Ratsfrau Adelgunde Karl (PDS) vorgelassen. »Nicht einmal die Schwiegertochter wusste von der Vergangenheit Schönebergs. Die meisten Nachbarn waren entsetzt«, berichtete Schnura.

WZ, Düsseldorf, 8. Mai

»Blumen für Stukenbrock«

Feier am 2. September

Am Samstag, dem 2. September 2006 findet wieder die Gedenkfeier und Friedensmanifestation »Blumen für Stukenbrock« auf dem Gelände des ehemaligen Stalag für sowjetische Kriegsgefangene in der Nähe von Bielefeld statt. Für den 1. bis 3. September wird wieder für das Jugendcamp in der Nähe des Lagers geworben.

Der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock hat einen Aufruf herausgegeben, in dem es unter anderem heißt: »Eine atomwaffenfreie Zone unter Beteiligung Irans und Israels könnte der erste Schritt zur Friedenssicherung in diesem Raum sein. Beide Staaten haben Anspruch auf Schutz und Sicherheit. Wir appellieren an alle: Setzen Sie sich dafür ein, dass deutsche Politik eindeutige Friedenspolitik ist!«

Es dürfe keinerlei Beteiligung Deutschlands an der Vorbereitung und Durchführung eines Krieges gegen den Iran geben. Die Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen sei so groß, dass jetzt gehandelt werden müsse. »Wir erneuern unsere Forderung nach Abzug aller Atomwaffen aus unserem Land und erwarten diesbezügliche Initiativen vom Bundestag.«

»Jeder Tag muss für die Menschen ein Antikriegstag sein. Wir rufen alle auf, unabhängig von politischen und weltanschaulichen Differenzen, am 2. September zur Mahn- und Gedenkveranstaltung nach Stukenbrock zu kommen. Dieser Tag sollte ein weiterer Anlass sein, unseren Willen zu einem dauerhaften Frieden zum Ausdruck zu bringen.

Weitere Informationen bei: Werner Höner, Weidenstraße 28, 32457 Porta Westfalica und bei vvn-bdanrw@freenet.de.

Netzwerk gegen Rechts tagte am Hafen

NRW-Konferenz der antifaschistischen Organisationen und Initiativen in Duisburg

Über die Konferenz des landesweiten Netzwerkes berichtete die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) Duisburg am 8. Mai:

Das landesweite Netzwerk gegen Rechtsextremismus hatte für einen Sonntag seinen Mittelpunkt in Duisburg: Rund 100 Teilnehmer kamen Anfang Mai zur 26. »Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW« im Internationalen Zentrum am Innenhafen in Duisburg zusammen. Neben einem überregionalen Erfahrungsaustausch stand bei dem jährlichen Treffen auch die Ausarbeitung gemeinsamer Strategien und Netzwerke gegen Neonazismus auf der Agenda.

Anlass zum Handeln sehen die Organisatoren reichlich: »Im ganzen Land steigt die Zahl rechtsextremer Demonstrationen und Kundgebungen, aber auch die der Funktionsträger enorm an. Allein in meiner Heimatstadt Aachen hat es in den letzten drei bis vier Jahren auf Seiten der Rechten eine Zunahme um etwa 50 Prozent gegeben,« sagt Kurt Heiler, Mitglied des Koordinierungskreises der Konferenz. Eine weitere Hochburg der Neonazi-Szene sei das Ruhrgebiet, dort insbesondere die Städte

Dortmund und Bochum.

Mit Blick auf das stetig wachsende Potenzial rechter Extremisten setzt die Antifa-Bewegung vor allem auf massiven Informationsaustausch und Vernetzung. Zum Auftakt ihrer Tagung berichteten die Aktivisten über lokale Entwicklungen des rechten Spektrums in ihren Städten. Sorge bereitete den Referenten dabei vor allem immer häufiger auftretende Kooperationen zwischen »freien Kameradschaften« und öffentlichen Funktionsträgern rechter Parteien. Laut »Initiativ e.V.« seien solche Bündnisse in Duisburg derzeit zwar noch »deutlich begrenzt«. Ein Anlass zur Entwarnung bestehe jedoch nicht: »Wenn sie ihre Zusammenarbeit ausbauen, denke ich, dass sie ein recht hohes Potenzial haben«, so der Duisburger Berichterstatter im Plenum des Internationalen Zentrums. **WAZ**

Niko, VVN-Mitglied aus Gütersloh, nahm an der Konferenz teil: »Es war gut, dabei gewesen zu sein. Nicht nur für die Motivation der einzelnen lokalen Antifa-Gruppen und Initiativen ist es wichtig, einen landesweiten Austausch über Konzepte und Organisation zu haben und über Erfolge zu berichten. Nur gemeinsam können wir die Faschisten bekämpfen.«



Rund 100 TeilnehmerInnen nahmen an den Diskussionen auf der landesweiten Konferenz in Duisburg teil. Bild: VVN-BdA NRW

Totenliste zeugt von Wattenscheider Widerstand

VVN-Archiv mit Material zum Geschehen während der NS-Diktatur

Immer öfter nutzen Interessierte unser Archiv mit Dokumenten aus dem Widerstand an Rhein und Ruhr. Das VVN-Archiv in Wuppertal wird derzeit durch Spenden aufbereitet und nutzbar gemacht. Über den Besuch und das Ergebnis einer VVN-Abordnung aus Bochum berichtete die Lokalzeitung WAZ am 11. Mai:

Eine Liste mit den Namen von 35 Wattenscheider Widerstandskämpfern, zum großen Teil durch Hitlers Schergen gefoltert und ermordet, wirft auf kommunaler Ebene ein neues Schlaglicht auf

das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Im Archiv-Keller des Wuppertaler Landesverbandes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) stießen der Bochumer Kreisvorsitzende Klaus Kunold und der Wattenscheider Stadtverordnete Günter Gleising (Soziale Liste) auf bisher völlig unbekanntes Material.

Die beiden hatten in Wuppertal nach Material für eine Broschüre gesucht, die anlässlich des 60-jährigen Bestehens der VVN erscheinen soll. »Als uns die Totenliste der Wattenscheider Widerstandskämpfer in die Hände fiel, mochten wir zuerst unseren Augen nicht

trauen«, sagt Gleising. 1972 trat der 56-jährige der VVN bei, »um die Erinnerung an die Gräueltaten der Vergangenheit wach zu halten«, wie er sagt. »Denn in relativ naher Zukunft werden wir keine Zeitzeugen mehr haben, die aus eigenem Erleben die Schrecken der Nazi-Diktatur schildern können.«

Klaus Kunold (74) zählt noch zu jenen Zeitzeugen. Als Kind sah er mit an, wie die Bochumer Synagoge brannte, jüdische Mitbürger diskriminiert und deportiert wurden. »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Dafür werde ich, solange ich lebe, die Stimme erheben«, sagt Kunold. »Aber wie lange wer-

de ich das noch können?« Gleising sieht sich in der Rolle eines »Erben«, der die leidvollen Erinnerungen der Väter in der heutigen Gesellschaft weiterhin wach halten will. »Ich bin sehr froh, dass wir nun Daten und Fakten über Wattenscheider Widerstandskämpfer in den Händen halten«, sagt Gleising.

Genutzt haben das Archiv auch Hagener Gesamtschüler, die sich auf die Aktion Stolperstein vorbereiteten. Sie spendeten 30 Euro. Wer dem Archiv helfen möchte, mache es den Schülern nach: Spendenkonto VVN-BdA NRW, Konto Nr. 28212-435, bei der Postbank Essen, BLZ 360 100 43.